

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

10 Nummern S 1.60 Deutschland Mark 1.20
(inkl. Postanstellung)
Österr. Postsparkassen-Konto Nummer 119.471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:
XVI., Hyrtlgasse 19/4 Telefon R 30-9-58

Preis 15 Groschen

August 1930

4. Jahrgang. Nr. 57

Gegen Lohnabbau! Gegen Hunger! Gegen Arbeitslosigkeit!

Mitten im Hochsommer schwillt die Massenarmee der Arbeitslosen!

Die Kapitalisten schränken die Produktion ein, verringern die Zahl der Beschäftigten, lassen kurzarbeiten, lassen Wochen, Monate feiern, legen ganze Betriebe still. Nach Sperrung ihrer Betriebe in Linz und Wiener Neustadt vereinigt die Rothschildsche Kreditanstalt die gesamte Lokomotiverzeugung in die Floridsdorfer Fabrik.

Die Kapitalisten nützen die Zeit, die Lage der beschäftigten Arbeiter aufs äußerste zu drücken. Entweder niedrigere Löhne, schlechtere Arbeitsbedingungen oder Sperre des Betriebes — so machen sie in Steyr. Entweder einen Sklavenvertrag für fünf Jahre oder Aussperrung — so machen sie in der graphischen Industrie. Arbeitsbedingungen, wie sie vor 1895 bestanden, wollen sie den graphischen Arbeitern aufzwingen. Die Kapitalisten der anderen Branchen sind daran dem „graphischen Beispiel“ zu folgen.

Gleichzeitig plündern die Kapitalisten die Taschen der arbeitenden Massen mit

„Notopfer“:

Notopfer für die „Landwirtschaft“: Der Zucker pro Kilogramm um 28 Groschen teurer, das Bier pro Liter um 5 Groschen. 96 Millionen Schilling aus den arbeitenden Massen herausgepreßt und den „notleidenden“ Großgrundbesitzern und Großbauern zugeworfen. Dazu die Zollerhöhungen aller Art, die schon beschlossen sind und noch beschlossen werden sollen. Schon sind die Preise bedeutend gestiegen und sie werden noch mehr steigen. Die Teuerung wächst. Die Massen können die allernotwendigsten Bedarfsartikel kaum mehr kaufen. Die kleinen Bauern aber haben nichts davon, ja zahlen darauf. Weit mehr als sie bei den erhöhten Getreidezöllen verdienen, zahlen sie darauf, weil sie die durch die sonstigen Zölle teurer gewordenen Artikel kaufen müssen.

Notopfer für das Großkapital: Einen Teil der Anleihe haben die Banken als Provision schon eingesteckt. Der große Rest soll vor allem dazu dienen, den Großkapitalisten riesige Steuernachlässe zu gewähren. Die Massen aber sollen die Anleihe verzinsen und zurückzahlen und die Steuernachlässe an die Großkapitalisten durch gesteigerte Massensteuern wettmachen.

Notopfer für die Hausherren: 24 Millionen Schilling hat die Zinserhöhung am 1. August den Hausbesitzern eingetragen.

Für den Herbst hat die Kapitalistenklasse folgenden

Feldzugsplan:

„Reform“ der Arbeitslosenversicherung: Sie soll so „reformiert“ werden, daß Zehntausende Arbeitsloser selbst die jämmerliche Arbeitslosenunterstützung genommen werden soll.

„Reform“ der Abgabenteilung: Der Gemeinde Wien sollen Millioneneinnahmen geraubt und den „Ländern“, lies: der Provinzbourgeoisie, zugeschickt werden, damit die Gemeinde Wien gezwungen werde den Bau von Gemeindewohnungen zu drosseln.

„Reform“ der Eisenbahnen: Zehntausende Eisenbahner sollen aufs Pflaster geworfen, der Rest soll entrechtet werden. Straßella soll schaffen.

„Reform“ der Wahlordnung: Diese „Reform“ soll es ermöglichen, das Ding „legal“ zu schmeißen, sich „legal“ den Weg zur schrankenlosen offenen kapitalistischen Diktatur und letzten Endes zur Monarchie zu ebnet. Gelingts „legal“ nicht, so ist die Bourgeoisie entschlossen, es illegal zu wagen.

Dazu hat sie die Heimwehr, zum „legalen“ Durchsetzen der kapitalistischen „Ubergangsforderungen“ und zum Endstoß.

All die Manöver und Nachtübungen, all die blutigen Ueberfälle (Puntigam, Feistritz, Peggau usw.), diese Aufmarschaktivität, das Ankünden des Marsches auf Wien Anfang Herbst, diese ganze gesteigerte Aktivität der Heimwehr hat den Zweck durch Einschüchterung der Arbeiter die „legale“ Erledigung der von den Kapitalisten gewünschten „Reformen“ zu erzwingen und gleichzeitig die Bedingungen für den faschistischen Endstoß möglichst günstig zu gestalten.

Was tut demgegenüber die Sozialdemokratie?

Wahlagitation, nichts als Wahlagitation.

Was tut demgegenüber die

Stalinführung

der Kommunistischen Partei: scheinradikale Purzelbäume, die es der Sozialdemokratie unbezahlbar ermöglichen über jede Preisgabe von Arbeiterpositionen glatt hinwegzukommen. Wenn die Sozialdemokratie für die Mietennovelle 1929 stimmen kann, also für die Erhöhung der Zinse um 20 Groschen am 1. August 1930, und dann am 1. August 1930 so wie wenn gar nichts geschehen wäre schreien kann „Notopfer für die Hausherren“! und die Arbeitermassen diesen von der Sozialdemokratie so oft wiederholten

Trick nicht durchschauen — niemand anderer ist daran schuld als die Stalinführung der KP mit ihrer scheinradikalen Politik.

Die gesamte Arbeiterschaft muß ihren Kampf vereinigen auf folgende

Hauptforderungen:

Siebenstundentag ohne Lohnkürzung. Produktive Notstandsarbeiten im größten Maßstab bei ausreichenden Löhnen.

Erhöhte Arbeitslosenunterstützung für alle Arbeitslose ohne Unterschied für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit.

Weg mit den Massensteuern, Massenzöllen. Schärfste Besteuerung des Großkapitals!

Es gibt Möglichkeiten mit den in Oesterreich vorhandenen Wirtschaftskräften dem Großteil der Arbeitslosen Arbeit und Brot zu schaffen für Jahre. Umfassender Ausbau der Wasserkraft, Elektrifizierung der Bahnen, Ausbau der Straßen, Umwandlung des Großteils des Oedlandes — Oesterreich hat eine Million Hektar Oedland — in Siedlungsland, das würde die Produktivkraft Oesterreichs gewaltig heben. Dadurch würde nicht nur dem Großteil der Arbeitslosen Arbeit und Brot gegeben, sondern es würden auch Siedlungsstätten geschaffen für zehntausende Landarbeiter und landarme Bauern. Die materiellen Mittel, um dieses Werk in Angriff zu nehmen, sind in Oesterreich vorhanden: das Riesenvermögen der Kirche und das große Vermögen, das die Habsburger noch immer in Oesterreich besitzen, würden weit über eine Milliarde Schilling liefern. Dieses Vermögen in Jahrhunderten den arbeitenden Massen geraubt, ausgepreßt, in dieser Zeit größter Not den Massen wieder zugeführt, das wäre ein Akt der Gerechtigkeit. Die entschädigungslose Enteignung dieses Vermögens zur Durchführung produktiver Notstandsarbeiten im größten Maßstab, das wäre einmal ein gerechtes Notopfer, ein

Notopfer der Kirche

und Habsburgs, ein Notopfer eines kleinen höchst parasitären Teiles der Kapitalistenklasse zu Gunsten der Millionenmasse der Werktätigen.

Mit ihren staatlichen und außerstaatlichen Mitteln lastet die Bourgeoisie auf der Arbeiterklasse. Mit ihrer wirtschaftlichen Macht drückt sie mit dem Hebel von Not und Arbeitslosigkeit auf die Arbeiterschaft. Doch das, was die Riesenkampfkraft der Arbeiterklasse schwächt, lähmt, sind nicht die kapitalistischen Machtmittel an sich, ist nicht die Not an sich, sondern ist der von der Sozialdemokratie planmäßig gezüchtete Wahn, daß die Arbeiterklasse sich durch Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse helfen könnte, und daß — welcher Hohn! — die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten eine Form, „die durch die geschichtliche Lage bedingte Form“, des — proletarischen Klassenkampfes sei.

Es gilt die Massen zu aktivieren zum Kampf um die dringendsten Fragen ihres Lebens: ausreichender Reallohn, Siebenstundentag, Arbeit und Brot, produktive Notstandsarbeiten größten Umfangs bei auskömmlichem Lohn, ausreichende Arbeitslosenunterstützung allen Arbeitslosen für die ganze Dauer.

Alle revolutionären Kräfte, alle wirklich klassenbewußten Elemente im Proletariat, müssen ihre ganze Kraft daran setzen, in den Massen den von der Sozialdemokratie gezüchteten Wahn der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie zu überwinden und die Massen zurückzuführen auf den Boden, auf dem allein Besserung und Befreiung erkämpft werden kann, auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes, Massenkampf, Schaffung von Aktionskomitees, die die geistige Umstellung der Arbeiterschaft betreiben, den Massenkampf organisieren, leiten, ist das Gebot der Stunde.

Bankrott des Kapitalismus — Bankrott des Reformismus.

Zwölf Jahre haben sie organisiert, fusioniert, rationalisiert. Ergebnis: Die furchtbarste Wirtschaftskrise, die wir je erlebt in der ganzen Welt. Ueberproduktion — die Massen sind nicht imstande zu kaufen. Steigerung der Arbeitsleistung: aber das steigert die Ueberproduktion noch mehr — Senkung der Reallohn: aber das senkt die Kaufkraft der Massen noch mehr. Das sind die kapitalistischen Heilmittel. Sie zeigen die Ausweglosigkeit des Kapitalismus, seinen Bankrott.

Jahrelang hauierten die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer mit dem Schlag des „organisierten Kapitalismus“, der die Krise vermeide. Nun da ihnen die Tatsachen eine klatschende Ohrfeige geben, drücken sie sich um ihren Schlag.

„Die soziale Unrast war auch in den siegreichen Ländern groß“, schreibt die AZ am 25. Juni. Sehr richtig! Statt diese aber revolutionär auszunützen, hat die SP das Gegenteil gemacht: Sie half auf der

ganzen Welt der Bourgeoisie zu „stabilisieren“. Die Wirtschaftskrise ist die Kehrseite dieser „Stabilisierung“. Als Mithelfer an der kapitalistischen „Stabilisierung“ sind die Reformisten mitschuldig an der kapitalistischen Krise.

Beim Umsturz, da es möglich war den Weg des Sozialismus zu betreten, da haben sie die Massen davon abgehalten, mit dem Schlag: „Erst Aufbau — dann Sozialismus“. Die Arbeiter folgten und halfen „aufzubauen“. So wurde in der Tat in den zwölf Jahren ein gigantischer kapitalistischer Aufbau im Weltmaßstab zustande gebracht — doch statt dem Sozialismus, der nach dem Aufbau kommen sollte, sehen wir das gerade Gegenteil: Die Massen liegen tiefer als je am Boden.

Der Bankrott des Kapitalismus enthüllt den Bankrott des Reformismus, das ist der Sozialdemokratie.

Die Krise der Demokratie.

Überall riecht es nach Diktatur. Die neuen Demokratien machen jetzt halt durch, was die alten Demokratien früher durchgemacht. So tröstet sich Otto Bauer. Er umgeht die entscheidende Frage: Warum kam die französische Arbeiterklasse nach den Februarsieg von 1848 schließlich unter den Stiefel der bonapartistischen Diktatur? Weil ihre Führung, statt den Februarsieg zur revolutionären Umgestaltung der Machtverhältnisse auszunützen, den Machtapparat der Bourgeoisie unangetastet ließ und sich damit begnügte Papiergesetze zu dreheln! Die Sozialdemokratie Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns, der Tschechoslowakei hat 1918 genau dieselbe Politik gemacht, an der die 1848er Revolution gescheitert ist. Louis Blanc, der geistreiche Schwätzer von 1848, hatte eine große Entschuldigung: er konnte sich auf eine sehr ungenügende Theorie und Erfahrung der proletarischen Revolution stützen. 70 Jahre nach 1848, nach Marx und Lenin gibt es für die „Fehler“ des geistreichen Schwätzers Otto Bauer keine Entschuldigung.

„Antiterror“gesetz.

Am 1. August ist das „Antiterror“gesetz in Kraft getreten. Kein Zweifel, daß die Bourgeoisie das Gesetz weidlich ausnützen wird. Das was sie bisher betrieben hat, mit dem Erfolg das z. B. in der Neunkirchner Schraubenfabrik Brevillier & Urban, einer ehemaligen proletarischen Hochburg, die Mehrheit im Betriebsrat nun den vereinigten Unabhängigen und Christlichen gehört, die Freien Gewerkschaften aber in Minderheit gedrängt sind, das wird sie nun mittels des Antiterrorgesetzes verschärft fortsetzen.

Die Bourgeoisie jubelt, daß ein Teil der Arbeiterschaft mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes das Zahlen der Gewerkschaftsbeiträge eingestellt hat. Sicher war es ein schwerer Fehler der Gewerkschaften, daß sie die Beitragskassierung durch die Unternehmer besorgt haben. Sicher hat die sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik und -Taktik die Arbeiter überaus geschädigt und geschwächt. Und wir fühlen es dem Arbeiter nach, der die Beitragschilling in der Hand meint: was hab' ich davon, wenn ich das zahl. Aber die Schlußfolgerung, den Gewerkschaften den Beitrag zu verweigern, also praktisch aus der Gewerkschaft auszutreten, heißt sich selbst aufs schwerste schädigen, heißt sich selbst entmannen.

Die Gewerkschaft als Organisation muß wohl unterschieden werden von ihrer gegenwärtigen (sozialdemokratischen) Führung und deren (sozialdemokratischer) Politik und Taktik. Die Politik und die Taktik der Gewerkschaften, die Führung der Gewerkschaften gilt es zu ändern, aber an der Gewerkschaftsorganisation muß jeder Arbeiter ohne Unterschied unter allen Bedingungen festhalten! An die Stelle der sozialdemokratischen (kleinbürgerlichen) Grundeinstellung der Zusammenarbeit mit den Unternehmern muß treten die proletarische Grundeinstellung des Klassenkampfes gegen die Unternehmer.

Wer der Gewerkschaftsorganisation seine Beiträge, seine Mitgliedschaft entzieht, der ändert an der Politik, Taktik, Führung der Gewerkschaft gar nichts, aber er trifft die Gewerkschaftsorganisation, der trifft die ganze Arbeiterklasse und mit ihr sich selbst.

Nicht den Wagen zerstören, aber die Politik, die Taktik des Wagenlenkers und die Wagenlenker selbst gilt es zu ändern, zu wechseln!

Das müssen die Arbeiter erfassen und in dem Maße als sie das erfassen und darnach handeln, wird die Kampfkraft der Gewerkschaften steigen und damit die Lebenshaltung der Arbeiter.

Dispensehen zerstört.

Eine wahre Erlösung war die Dispensehe vielen Zehntausenden. Seit Jahren hat der Klerikalismus Sturm dagegen geritten. Sein Herrschaftsgebiet war dadurch ein wenig beschnitten und nebst dem gingen ihm da auch manche Einnahmen verloren. Der Verfassungsgeschichtshof stand im Wege. Er erklärte richtig den „Ehedispens“ für einen Verwaltungsakt, an dem die Gerichte nichts ändern können. Die Klerikalen haben also kurzer Hand die bisherigen Richter des Verfassungsgeschichtshofes abgesetzt und neue, ihnen völlig ergebene Richter an ihre Stelle gesetzt. Das Werk ist gelungen: der erste Entscheidung des neu besetzten Verfassungsgeschichtshofes warf die Dispensehen über den Haufen.

Die Arbeiter mögen daraus lernen, wie man es machen muß und wie sie es 1918—20 hätten machen müssen! Damals ist ihnen die Sozialdemokratie in den Arm gefallen. Jahrelang rühmte sich die SP ihrer „glorreichen“ Revolution, wo sie die Arbeiter „vorwärts“ geführt, ohne den Staatsapparat anzutasten. Die Freude war kurz. Die Folgen der „glorreichen Besonnenheit“ sind nicht ausgeblieben. Mit der Dispensehe ist eine der letzten Errungenschaften des Umsturzes beseitigt.

Wer hat das dem Klerikalismus ermöglicht? Die Sozialdemokratie! Die Sozialdemokratie, mit ihrer glorreichen Politik in den Nachumsturzjahren, mit ihrer Politik, die die Arbeiterklasse immer tiefer bringt.

Wir dürfen der Sozialdemokratie nicht gestatten, mit billigem Geschrei über den Klerikalismus ihre Schuld zu verwischen.

„Nie wieder Krieg!“

In diesen Tagen hat der Weltkrieg begonnen. Sechzehn Jahre sind seither verfloßen.

„Nie wieder Krieg!“ schreit die Sozialdemokratie jahraus jahrein. Aber ändert sich dadurch das Geringste? Höchstens, daß die Massen dem jahrelang trauen und die Kapitalisten so ungestört den zweiten Weltkrieg vorbereiten könnten und vorbereiten. Jeder spürt das Nahen des nächsten Weltkriegs, von dem uns kaum Jahre trennen.

Heut schreit die Sozialdemokratie scheinheilig: „Die Schuldigen am Weltkrieg sind wieder oben auf!“ Ja: Wer hat sie 1918 geschont; wer hat sie durch die ganzen Jahre wieder hinauf gelassen? Die Sozialdemokratie!

Im Weltkrieg: Wer hat der imperialistischen Bourgeoisie die Mauer gemacht? Die Sozialdemokratie!

Nach dem Weltkrieg: Wer macht dem imperialistischen Treiben der Bourgeoisie die Mauer? Die Sozialdemokratie!

Wer hindert die Massen sich gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen zur Wehr zu setzen? Die Sozialdemokratie!

Die Sozialdemokratie, in dem sie ihre gesamte Politik ausrichtet statt auf den Kampf gegen die Kapitalistenklasse, auf die Zusammenarbeit (Koalitionspolitik) mit der Kapitalistenklasse.

Faschismus und Konterrevolution.

„Sozialfaschismus“.

Der Faschismus ist eine Form der Konterrevolution. Im Verlaufe der Jahrtausende hat die Gegenrevolution zu allen möglichen Mitteln gegriffen, um rebellierende, revolutionäre Ausgebeutete niederzuwerfen, niederzuhalten.

Was unterscheidet den Faschismus von den anderen Formen der Konterrevolution? Daß er mit anti-kapitalistischen, sozialistisch klingenden Worten, äußerlich radikal aufgezoogen, gegen das Kapital auftritt? Hat das der christliche „Sozialismus“ in Oesterreich in seinen Flegeljahren nicht auch getan und dies ebenso mit antisemitischer Sauce übergossen? War der christliche „Sozialismus“ der 80 er und 90 er Jahre Faschismus? Keineswegs!

Welche Schichten sind die Träger des Faschismus? Offiziere, Beamte, Intellektuelle, denen der Krieg die alte Existenzgrundlage genommen; die vielen Kleinbürger in Stadt und Dorf, die unter der kapitalistischen Konkurrenz zusammengebrochen oder zusammenbrechen, von der Sozialdemokratie enttäuscht keinen Ausweg sehen; Arbeiter, die ob des sozialdemokratischen Verrates und ob der Enttäuschung über die Kommunistische Partei verzweifeln keinen Ausweg sehen aus ihrer verzweifelten Lage.

Der Faschismus ist die Bewegung dieser verzweifelter und verzweifelter Schichten zur Aenderung ihres Loses.

Solche Bewegungen hat die Ausbeuterklasse oder Teile derselben im Laufe der Geschichte sehr oft ins Leben gerufen, genährt, geschürt, geführt, insbesondere in kritischsten Lagen, um revolutionäre Bewegungen zu verwirren und niederzuschlagen.

Das, was den Faschismus von allen konterrevolutionären Bewegungen ähnlicher Art unterscheidet, ist sein Glaube und Versuch eine selbstständige Rolle gegenüber der Arbeiterklasse und gegenüber der Kapitalistenklasse spielen zu können.

Gegen Arbeiterschaft und gegen Bourgeoisie will der Faschismus durch die gewaltsame Massenaktion der verzweifelten Schichten die faschistische Diktatur, die faschistische Macht aufrichten, selbstständig. In die Losung der „Heimat“ und dergleichen sich hütelnd verspricht er durch den faschistischen Staat die „Wiedergeburt der Nation“, nämlich Rettung den verzweifelden und verzweifelten Schichten, die seine Träger sind.

Eine nicht allzulange Erfahrung zeigt den Führer der faschistischen Massenbewegung, daß die selbstständige Rolle des Faschismus ein Traum ist. Die allerersten praktischen Schritte beweisen ihnen, daß sie weitere praktische Schritte in größerem Maßstab überhaupt nur machen können mit der materiellen und machtpolitischen Hilfe des — Großkapitals.

Um sich den Zustrom der unter dem fortschreitenden Druck des Kapitalismus anschwellenden Zahl verzweifelter und verzweifelter Existenzen nicht abzuschneiden, muß der Faschismus den Schein seiner selbstständigen Rolle aufrechterhalten, mindestens solange bis die Macht erobert ist. Ist die Macht erobert, dann ist der Faschismus tatsächlich längst vollkommen in der Hand und Führung des Großkapitals. Anders kommt der Faschismus nicht zur Macht, denn als absolutes Werkzeug des Großkapitals. Aber nun glaubt er es nicht mehr fürchten zu müssen, wenn die Wahrheit allmählich zu Tage tritt. Einen Teil seiner Leute „rettet“ der Faschismus, er bildet aus ihm den faschistischen Unterdrückungsapparat. Mittels dieses Apparates glaubt und hofft er sich dann dauernd behaupten zu können gegenüber den Massen. Nun die Geschichte wird an Mussolini zeigen, daß selbst in dem für den Faschismus günstigsten Fall diese Dauer ihre Grenzen hat und daß der Faschismus ernten wird, was er sät — mit Zinsseszinsen.

Die österreichischen Faschisten sind zwar schon reichlich weit, doch trotz der Verratspolitik der Sozialdemokratie — der Weg zur faschistischen Diktatur in Oesterreich zieht sich und er würde sich noch mehr

„Nie wieder Krieg!“ schreien und — Koalitionspolitik treiben, das ist Schwindel, Betrug, Verrat an der Arbeiterschaft.

Nieder mit dem imperialistischen Krieg! — Das heißt in erster Linie: Nieder mit der Koalitionspolitik — Vorwärts zum Klassenkampf!

„Nie wieder Krieg!“ schreien, und — den kapitalistischen Staat zum „Volksstaat“ vorschwindeln, das ist aktive Hilfe der imperialistischen Kriegspolitik: für diesen „Volksstaat“ wird die Sozialdemokratie die Massen auf die Schlachtbank schicken beim nächsten imperialistischen Weltkrieg.

Nieder mit dem imperialistischen Krieg! — das heißt anders ausgedrückt: Nieder mit dem kapitalistischen Staat! Nieder mit dem sozialdemokratischen Schwindel vom „Volksstaat“! Vorwärts zur proletarischen Diktatur, zum proletarischen Staat!

Krieg dem imperialistischen Krieg, das heißt Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die Kapitalistenklasse, das muß der Leitgedanke der Arbeiterklasse sein in ihrem Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

ziehen, wenn die Kommunisten dem stalinistischen Geblödel, das Faschismus und Konterrevolution einfach zusammenwirft und so eine Nacht erzeugt, in der alle Katzen grau sind, den verdienten Fußtritt gäben.

Es ist dieses oberflächliche Zusammenwerfen und Gleichsetzen von Faschismus und Konterrevolution, worauf der gefährliche echt stalinistische Blödsinn des „Sozialfaschismus“ herauswächst.

Die objektive Rolle der Sozialdemokratie beim Ersten und Erstarben des Faschismus ist außer Zweifel.

Allein ist die Sozialdemokratie eine Bewegung verzweifelter, verzweifelter Schichten? Keineswegs. Die Sozialdemokratie ist die Bewegung der gesättigten Arbeiteraristokratie, die sich mit dem freisinnigen Teil des Kleinbürgertums verschmelzend, die Masse der Arbeiter hintersich schleppt.

Will die Arbeiteraristokratie, will der freisinnige Teil des Kleinbürgertums, will dieser sozialdemokratische Kleinbürgerkopf mit den Arbeitermassen, die er hinter sich schleppt — das sozialdemokratische Phrasengebimmel bei Seite gelassen — ernstlich und tatsächlich eine selbstständige Rolle zu spielen, ernstlich und tatsächlich in welcher Form immer selbstständig die Macht zu ergreifen auch nur versuchen? Keineswegs.

Wenn ein Wunder der Sozialdemokratie die ganze Macht in den Schoß würde, ja auch wenn ein Wunder ihr riesige Stimmzettelmehrheit brächte, die Sozialdemokratie würde selbst dann und unter allen Umständen das Bündnis (die Koalition) mit der Bourgeoisie suchen und, wenn sie in offener Koalition nicht regieren könnte, weil der Druck der Massen zu groß, selbst dann würde sie und zwar unter allen Bedingungen — selbstverständlich verbrämt mit unzähligen Phrasen — tatsächlich regieren im Namen der Bourgeoisie.

Die Sozialdemokratie will nicht eine selbstständige Rolle spielen. Nicht weil es ihr an „Ehrgeiz“ gebricht, sondern weil das Klasseninteresse der Arbeiteraristokratie und des freisinnigen Kleinbürgertums eine selbstständige Rolle ihrer politischen Partei, eben der Sozialdemokratie, nicht braucht, ja ablehnt. Eine ernstlich selbstständige sozialdemokratische Alleinregierung, das hieße den Massen die Binde von den Augen nehmen, das hieße der proletarischen Revolution Tor und Tür öffnen, die nicht nur die Herrschaft der Bourgeoisie hinwegfegen würde sondern auch die offenen oder stillen Teilhaber dieser Herrschaft: die Arbeiteraristokratie.

Nein, es ist der blutige Ernst der Sozialdemokratie: sie wünscht nichts als einen Anteil an der Macht in Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie für immer und immer. Sie will nichts als ein kleinbürgerliches Dasein, das sie gestützt auf das Gewicht der Arbeitermassen schützt, wofür sie ihnen ab und zu ein kleines Trinkgeld gibt, das sie als Lakai vom kapitalistischen Herrn erbettelt.

Die Ueberleitung der sozialdemokratischen Arbeiter auf die Linie des Klassenkampfes wird außerordentlich erschwert, wenn man, sich agitatorisch überkissend, das was die Wirkung der sozialdemokratischen Politik ist in die bewußte Absicht der Sozialdemokratie legt und die Sozialdemokratie aus dem objektiven Helfer zu einem subjektiv bewußten Parteigänger des Faschismus macht. Gerade das tut der Stalinismus mit dem sehr radikal klingendem, die Massen in Wirklichkeit abstoßenden Schlagwort vom „Sozialfaschismus“.

Die stalinistische Theorie vom „Sozialfaschismus“ widerspricht nicht nur dem äußeren Schein, sondern auch den wirklichen Tatsachen. Die Unzufriedenheit des sozialdemokratischen Arbeiters wächst, aber das Gefuchtel mit dem „Sozialfaschismus“ gewinnt die sozialdemokratischen Arbeiter nicht, kann sie nicht gewinnen, kann sie nicht überzeugen, weil der sozialdemokratische Durchschnittsarbeiter bei aller Unzu-

friedenheit mit der SP und selbst wenn er ihre Verräterei schon erkennt, klar fühlt und sieht, daß der „Sozialfaschismus“ der Sozialdemokratie ein unsinniges, scheinradikales Hirngespinnst ist. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden durch das Gekreische vom „Sozialfaschismus“ nicht überzeugt, nicht angezogen, sondern — abgestoßen. So erschwert es der stalinistische Scheinradikalismus, daß die durch die immer offenkundigeren Verräterei der SP enttäuschten Arbeiter den Weg zur Revolutionspartei finden, zur Kommunistischen Partei, und erleichtert es dem Faschismus unter ihnen zu werben.

Die Sozialdemokratie ist konterrevolutionär, aber die Sozialdemokratie ist nicht faschistisch.

Die Sozialdemokratie ist gegen die faschistische Form der Konterrevolution, sie ist für die sozialdemokratische Form der Gegenrevolution.

Das heißt: die SP will die Stabilisierung der kapitalistischen Herrschaft und Wirtschaft — wir lassen ihre Phrasen bei Seite und urteilen nach dem realen Gehalt ihrer Politik — sie will das in solcher politischer Form, wobei sie mitherrschend die Arbeiter mit Schlaueit und kleinen Reformen abseist und in Schach hält, gestützt auf den geordneten kapitalistischen Staatsapparat, der nur in ganz außerordentlichen Fällen in Aktion zu treten hat.

Die faschistische Form der Gegenrevolution verwirft die geringste Konzession an die Arbeiter, verwirft das Mitreden und erst recht Mitregieren der (kleinbürgerlichen) Arbeiteraristokratie, verwirft daher auch die Demokratie, als die politische Form, in der die Sozialdemokratie ihr Mitreden, Mitregieren verwirklicht und verlangt die offene unumschränkte Diktatur gestützt auf rücksichtslos eingesetzte staatliche und außerstaatliche Gewalt gegen alle, die sich dem Faschismus (der kapitalistischen Herrschaft und Ausbeutung) nicht bedingungslos fügen.

Faschismus und Sozialdemokratie kämpfen einen wütenden Kampf, den Kampf zweier Lakaen, die darum konkurrieren, die ausschließliche Bedienung ihres kapitalistischen Herrn zu besorgen, und die Vorteile, die ein solches Monopol ergibt, ausschließlich an sich zu ziehen. Es ist der Kampf zweier Konkurrenten um das kapitalistische Lakaenmonopol. Dieser Kampf ist nicht Schein, sondern Ernst, blutiger Ernst. Der Faschismus kann seinen Sieg nicht restlos verwirklichen, kann das Lakaenmonopol nicht restlos an sich reißen ohne den sozialdemokratischen Konkurrenten niederzuschlagen.

Die sozialdemokratische Form der Gegenrevolution erleichtert dem Faschismus objektiv die Arbeit. Sie kann dies solange als die Kommunistische Partei dank Sinowjew, Bucharin, Stalin vollkommen versagt. Fängt die Kommunistische Partei an revolutionäre Realpolitik zu treiben, so wird sie das Uebergreifen

der von der SP enttäuschten Massen zum Faschismus aufhalten, verhindern und sie zum Kampf auf der revolutionären Linie sammeln. Der siegreiche Faschismus zertrümmert die Positionen seines unerbitterlichen Gegners, also alle proletarischen Klassenpositionen. Die Sozialdemokratie ist ein kleinbürgerliche Position, dennoch — trotz der objektiven Hilfe, die sie ihm leistet — schlägt der siegreiche Faschismus die Sozialdemokratie nieder, um den Konkurrenten los zu sein.

Der Gegensatz, der Kampf zwischen Faschismus und Sozialdemokratie, ist also sehr real. Vom Standpunkt der beiden Lakaenkonkurrenten ist Platz nur für einen von ihnen. Vom Standpunkt ihres kapitalistischen Herrn ist Platz für beide: er spielt sie ja nach Bedarf gegen die Arbeiter aus, spielt einen gegen den anderen und hält sie so beide im Schach, bis die Stunde schlägt, wo er, um die Herrschaft vor den Massen bangend und um die Ausbeutung aufs äußerste steigern zu können, dem ihm zuverlässigeren, weil vom Druck der Arbeiter vollständig unabhängigen Lakaen die Zügel schießen läßt: dem Faschismus.

Den Sieg des Faschismus verhindern kann nur durch die revolutionäre Massenaktion die Arbeiterklasse und sie nur unter Führung der Kommunistischen Partei. Die Kommunistische Partei aber kann den faschistischen Sieg nur verhindern, wenn sie ihren unumgänglich notwendigen Kampf zur Loslösung der Arbeiter von der kleinbürgerlichen (sozialdemokratischen) Führung und zur Ueberleitung auf die revolutionäre Linie richtig führt. Der wirksame Kampf gegen die faschistische Form der Konterrevolution, der wirksame Kampf gegen die sozialdemokratische Form der Gegenrevolution, beides fordert von der Kommunistischen Partei, daß sie sich schleunigst von der scheinradikalen Losung des „Sozialfaschismus“ und vom Scheinradikalismus überhaupt, befreit.

Die Innsbrucker Beschlüsse.

Die Reichskonferenz der österreichischen Faschisten hat beschlossen, bei den kommenden Wahlen nicht mit einer eigenen Partei hervorzutreten, sondern darauf zu dringen, daß möglichst viele Faschisten als Kandidaten von den bürgerlichen Parteien aufgestellt und gewählt werden. Dieser Beschluß bedeutet, daß die Heimwehr sich den realpolitischen Bedürfnissen ihres Geld- und Auftraggebers, also ihres Herrn, des vom Finanzkapital geführten Großkapitals anpaßt. Die blutigen Aktionen der Heimwehr (Puntigam, Feistritz, Peggau usw.) stehen damit nicht in Widerspruch. Im Gegenteil. Diese Aktionen erfolgen im Auftrag des Großkapitals, um die parlamentarische Gesetzgebung all dessen im Herbst zu erzwingen, wessen die Bourgeoisie vor den Wahlen bedarf.

Die Quellen des Scheinradikalismus der kommunistischen Parteien.

Zum erstenmal erfahren wir etwas näheres über die Grundauffassung der Rechten: Stalin sei nicht die Ursache der Schwierigkeiten. Er und sein bürokratischer Kurs seien nur eine Folge der (im Vergleich zur Größe der vor sie gestellten Aufgabe) Schwäche der russischen Arbeiterklasse. In der Sowjetunion handle es sich um ultralinke Entgleisungen bei richtiger Grundlinie. Die Katastrophentheorie in der Komintern aber sei die Folge davon, daß man die Bedürfnisse und Methoden des russischen Fraktionskampfes auf die Kommunistischen Parteien übertrage.

Aufbau verbunden — als objektiver Wirkung — mit Sinken der Arbeiter an Lebenshaltung, an Macht bei Stärkung der kapitalistischen Elemente, das ist die Grundlinie Stalins.

Wäre in Sowjetrußland Aufbau möglich bei Hebung der Arbeiterklasse an Lebenshaltung, an Macht bei Schwächung der kapitalistischen Elemente? Das wäre möglich. Aber das ist nur möglich, wenn die Arbeiter der anderen Länder Sowjetrußland wirklich aktiv unterstützen. Also nur auf der Grundlinie einer Politik, die diese Unterstützung herbeiführt, gewinnt. Also nur durch internationale, revolutionäre Realpolitik.

Wenn jemand der Ueberzeugung ist, er könne mit den russischen Kräften den Sozialismus in Sowjetrußland aufbauen, so ist er überzeugt, daß er zum Aufbau des Sozialismus in Sowjetrußland dem Wesen nach die Kräfte der Arbeiter der anderen Länder, daß er internationale revolutionäre Realpolitik nicht braucht. Das ist der Grund, warum Stalin ernste (realpolitische) Kommunistische Parteien nicht braucht. Das bedeutet jedoch nicht, daß er die Kommunistischen Parteien nicht dennoch dringend braucht, — für andere Zwecke.

Daß der „Aufbau in einem Land“ sagen wir „Schönheitsfehler“ hat, insbesondere was die Lage der Arbeiter betrifft, das weiß niemand genauer als Stalin selbst. Das Entdecken dieser „Schönheitsfehler“ in ihrem vollen Umfang, in ihrer vollen Bedeutung würde bei den Arbeitern der ganzen Welt ihre Zweifel über den sozialistischen Charakter des stalinischen „Aufbaues in einem Land“ sehr bald außer Zweifel stellen.

Durch Hervorheben der Aufbauleistungen, bei Verschweigen der wirklichen Lage der russischen Arbeiter, durch Beschönigen, vor allem aber durch hyperradikale Politik im heimischen Land die Arbeiter

des eigenen Landes über die „Schönheitsfehler“, über die wahre Lage der russischen Arbeiter, über den stalinischen „Aufbau in einem Land“ und damit über den Klassencharakter des Stalinkurses selbst zu täuschen — dazu und nur dazu sind die Kommunistischen Parteien für Stalin da. Hier ist das stalinische Fraktionsbedürfnis. Der Scheinradikalismus der Kommunistischen Parteien, der sie zu Grunde richtet, ist die zwangsläufige Folge der stalinischen Grundeinstellung vom „Aufbau in einem Land“. Anders ausgedrückt: mit nationalkommunistischer Grundeinstellung in der Politik Sowjetrußlands und der Komintern ist es unmöglich internationale revolutionäre Realpolitik zu treiben. An die Strippe der nationalkommunistischen Einstellung Stalins gekettet können die Kommunistischen Parteien keine andere Politik treiben als die des Scheinradikalismus.

Das vom Standpunkt des heimischen Landes, vom Standpunkt der Weltarbeiterschaft und ihres Hortes, der Sowjetrußland trotz Stalin ist, die ultralinks-menschewistische Politik der Kommunistischen Parteien, ein Wahnsinn ist, das zeigen die Tatsachen, zeigt der Rückgang der Kommunistischen Parteien, Stalin kann darüber nicht in Zweifel sein. Dennoch hält er daran fest und muß bei seiner Grundeinstellung daran festhalten. Denn ohne diese Maskierung würden die Arbeiter der anderen Länder den wahren Charakter des stalinischen Aufbaues, des stalinischen Kurses bald durchschauen.

Die Einstellung der Rechten ist grundfalsch in der Wurzel. Daran ändern nichts ihre scharfen Worte gegen die SP. Daran ändert nichts, daß sie sich von den ultrarechten Elementen in ihrer Mitte abzugrenzen beginnen (Abgrenzung der Gruppe Muna-Neurat von der Brünnener-Opposition). Der wirkliche Umgruppierungsprozeß in der Rechten wird beginnen erst bis jener Punkt erreicht ist, der die Scheidung der Geister erzwingt. Bis die Tatsachen selbst sinnfällig und unzweifelbar den kulakischen Charakter der Grundeinstellung der russischen Rechten und den nationalkommunistischen Charakter der Grundeinstellung Stalins aufzeigen und jeden vor die Wahl stellen: entweder zurück zur Sozialdemokratie — oder Schluß mit jeder Einstellung, die die Arbeiterinteressen bewußt oder unbewußt kapitalistischen Interessen preisgibt und vorwärts zur internationalen revolutionären Realpolitik.

Mieterschutz.

Die Zinserhöhung am 1. August zwingt jeden Arbeiter nachzudenken, wem er sie zu danken hat. Die Mietnovelle wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen. Die SP redete den Arbeitern ein, wenn die Arbeiter das Opfer höheren Zins und den Zinsgroschen bringen, werde die Bourgeoisie neue Häuser für die Arbeiter bauen. Die Bourgeoisie hat den Zinsgroschen der Arbeiter eingesteckt und Wohnungen gebaut — für die Reichen. Und die zwanzig Groschen höheren Zins steckt sie vergnügt ein. Die Sozialdemokratie verwischt mit allen Mitteln ihre Mitschuld. Unsere Partei, die Kommunistische Partei, hätte es verstehen müssen die Mitschuld der SP in die Köpfe der Arbeiter zu hämmern. Leider ist ihr das infolge des stalinistischen Scheinradikalismus nicht gelungen.

Die Preisgabe des Mieterschutzes durch die SP hatte ihre Wurzel aber noch in einer zweiten viel größeren Illusion. Die SP gab der Bourgeoisie nach, um ihr zu zeigen, die Bourgeoisie könne das was sie brauche haben ohne Umsturz, wenn sie mit der SP verhandle. Die SP wiegte sich in den schönen Traum, wenn sie beim Mieterschutz nachgebe, werde die Bourgeoisie auf die Heimwehr, auf den Faschismus verzichten. Sie vergaß, daß mit dem Essen der Appetit wächst. Gar nichts hat die SP gelernt aus ihrem Bankrott 1918—20, gar nichts aus ihrem Bankrott vom 15. Juli 1927. Und sie lernt auch heute nichts, obwohl seither St. Lorenzen eine gute Lehre gegeben hat. Und obwohl seither die blutigen Schläge des Faschismus immer dichter auf die Arbeiter niedersausen und obwohl die SP selbst täglich nachweist, daß die Faschisten bezahlte Mordsknechte der Kapitalistenklasse sind, so läuft auch heute so wie früher alle Politik der SP darauf hinaus, der Kapitalistenklasse zu beweisen, daß eine Politik des Einvernehmens, der „Zusammenarbeit“ mit der Sozialdemokratie für die Kapitalistenklasse besser, vorteilhafter sei als eine Politik mit dem Faschismus gegen die Arbeiter. Bei dieser Politik muß der Faschismus, muß die Kapitalistenklasse immer stärker und die Arbeiterklasse immer schwächer werden — solange die Arbeiter nicht ins Lager der Revolution ziehen.

Statt aus der offenkundigen Niederlage im Mieterschutz zu lernen, schreit die SP scheinheilig „Notopfer für die Hausherrn!“ — daß sie selbst das Notopfer mitbeschlossen hat, verschweigt sie — und betrachtet die ganze Sache nur mehr als Gelegenheit Stimmen für die kommenden Wahlen zu werben.

Die SP zeigt deutlich, daß sie auch in Hinkunft an ihrer Verratspolitik festhalten will: wenn die nächsten Wahlen die SP nicht stark genug machen den Mieterschutz zu halten, dann — sagt die SP schon heute — haben die Wähler selbst schuld, da sie ihr nicht mehr Stimmen gegeben.

Ja zum Teufel wurde der Mieterschutz durchbrochen, weil die SP an Stimmen und Mandaten etwa eingebüßt hätte?! Nichts davon, die letzten Wahlen brachten ihr einen bedeutenden Wahlsieg. Der Mieterschutz wurde trotzdem durchbrochen:

1. Weil die SP nicht mehr Klassenkampf führt sondern auf dem Boden der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten steht;

2. Weil dadurch die Bourgeoisie immer stärker und die Arbeiterschaft, die der SP folgte, immer schwächer wurde;

3. Weil dank der sozialdemokratischen Politik die Bourgeoisie Kraft und Mut zur außerparlamentarischen Aktion fand. Der Mieterschutz wurde durchbrochen durch die außerparlamentarische Aktion der Bourgeoisie!

4. Weil die SP außerparlamentarisch überhaupt nicht mehr kämpft, weil sie der kombiniert außerparlamentarischen und parlamentarischen Aktion der Bourgeoisie nur mehr die Parlamentsaktion entgegen setzt, wobei die Arbeiterklasse, die ihr folgt, auf der Strecke bleibt und auf der Strecke bleiben muß.

Gewerkschaftszensur an der „Roten Fahne“.

Wir sind mit der Politik der Stalinführung der österreichischen KP keineswegs einverstanden und wir finden, daß die Taktik der revolutionären Gewerkschaftsopposition auch im Graphikerkampf klüger, besser sein könnte. Aber es ist ein Attentat gegen die Arbeiterklasse, daß sich die sozialdemokratische Gewerkschaftsleitung anmaßt, die Kritik der „Roten Fahne“ an der Gewerkschaftstaktik im Graphikerkampf zu unterdrücken. In der Tat hat die Gewerkschaftsleitung Auftrag gegeben, Artikel der „Roten Fahne“, die eine Kritik an der Taktik der Gewerkschaftsführung im Graphikerkampf enthalten, nicht zu drucken und so ist denn die RF schon mehrfach mit weißen Flecken erschienen. Es wurde wohl in gleicher („demokratischer“) Weise auch die „Freiheit“ zensuriert. Doch was richtig ist gegenüber einem faschistischen Organ, daß ist ein Attentat gegen die Arbeiterschaft gegenüber einem revolutionären Blatt. Mag sie taktische und prinzipielle Fehler enthalten, die „Rote Fahne“ ist ein proletarisch-revolutionäres Blatt im Gegensatz zur Faschistenpresse, die ein Werkzeug der Kapitalisten sind, im Gegensatz zur Arbeiterzeitung und der gesamten sozialdemokratischen Presse die auf dem Boden der Zusammenarbeit stehen mit den Kapitalisten, also auch den graphischen Kapitalisten, mit denen die graphische Gewerkschaftsleitung zu kämpfen vorgibt. Ja, die graphischen Kapitalisten kämpfen gegen die Graphiker, aber die

graphische Gewerkschaftsleitung ist bei ihrer gesamten Taktik nicht getragen vom Kampfwillen, sondern vom Willen mit den Kapitalisten „zusammenzuarbeiten“. Es ist diese unproletarische, antiproletarische Grundeinstellung der gesamten sozialdemokratischen Politik, auch der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik, der es zuzuschreiben ist, daß die Arbeiterschaft von den Kapitalisten immer tiefer gedrückt wird an Macht und Lebenshaltung.

Schluß mit der Zensur an der „Roten Fahne“!

Deutschland.

Außerordentlich lehrreich für die Arbeiter sind die Vorgänge in Deutschland. Alles, alles hat die SPD apportiert, was die deutschen Kapitalisten nur wünschten. Richtige Steuergeschenke und Panzerkreuzer und wahnsinnige Mehrbelastungen der Massen. Wo sich die Arbeiter dagegen rührten, haben die sozialdemokratischen Zörrgiebels sie blutig niedergeschlagen. Nur eines verlangte die SPD und mußte sie verlangen, um sich die Gefolgschaft der Arbeiter zu erhalten: daß die Kapitalisten ihr ab und zu kleine Konzessionen bewilligen, damit sie die sozialdemokratischen Verräterei vor den Arbeitern verhüllen könne.

Die Bourgeoisie ließ sich schön bedienen. Aber nun hat die Sozialdemokratie ihre Aufgabe erfüllt, die Bourgeoisie fühlt sich wieder fest oben, jetzt bewilligt sie keine Konzessionen mehr, mögen die SPD-Lakaien noch so winseln. Mit demselben § 48, den die SPD zurechtgezimmert, führt nun die deutsche Bourgeoisie alles was sie braucht durch — ohne SPD. Die Bourgeoisie beginnt ohne SPD zu regieren, nachdem sie durch die Hilfe der SPD stark genug geworden ist.

Der Reichstag ist aufgelöst. Nun versucht die deutsche Bourgeoisie in und durch die Wahlen — die Wahl ist auf den 14. September angesetzt — die Vorbedingungen zu schaffen, um die kapitalistische Diktatur zu verschärfen, sie aber noch immer in parlamentarischen Formen durchführen zu können. Wobei sie aber auch jetzt schon Vorbereitungen trifft, um ihre Diktatur nötigenfalls offen zu etablieren, wenn und bis es mit dem Parlament nicht weitergeht! Insbesondere die im Zuge befindliche Konzentration der bürgerlichen Parteien zu einer bürgerlichen Einheitspartei dient diesem Zweck.

Die Wahlen werden zeigen, wie weit sich die Massen dieser Vorgänge bewußt sind. Wohl werden die riesigen Verräterei, die die SPD an der Arbeiterschaft begangen, ihr einen gewissen Stimmenverlust bringen. Aber dank des hohlen Scheinradikalismus der stalinistischen Führung der KPD wird dieser Verlust lange nicht so sein wie er sein könnte und müßte. Die SPD wird ihre parlamentarische Position im großen und ganzen behaupten. Die KPD hat mit einem gewissen Stimmenzuwachs zu rechnen trotz ihrer verfehlten Politik. Ein Teil der Arbeiter, die bisher für die SPD stimmten, wird diesmal aus Demonstration gegen die sozialdemokratische Politik der KPD die Stimme geben, ohne positiv der kommunistischen Partei gewonnen zu sein. Welcher Riesenerfolg könnte unsere deutsche Partei aus dieser Lage ziehen, wenn sie eine Politik des revolutionären Realismus trieb!

Das Hauptergebnis der Wahl wird sein ein starker Ruck nach rechts innerhalb der Bourgeoisie und ihrer Reserven. Das wird der deutlichste Ausdruck sein, daß der Kurs der deutschen Bourgeoisie sich immer mehr ausrichtet auf die offene kapitalistische Diktatur und — die Restaurierung der Hohenzollern.

Bringen die deutschen Wahlen dieses Ergebnis und sie werden es bringen, dann wird die österreichische Bourgeoisie die Wahlen in Oesterreich schon im Herbst durchführen. Die Vorbereitungen dazu trifft sie bereits. All die Aufgaben, die sie vor den Wahlen im Verlauf des ganzen Herbstes erledigen wollte, will sie nun in einer „außerordentlichen Session“ gleich zu Herbstbeginn durchpressen. Darum läßt sie schon jetzt die Heimwehr wieder los, darum die Ankündigung des Marsches auf Wien für 5. Oktober.

Stalins „Sieg“.

Nach riesigem Rechtsgeschimpfe werden die Rechten (Rykov, Bucharin, Tomski) in das russische Zentralkomitee — wiedergewählt. So schaut er aus, Stalins „Kampf“ gegen die Rechten und Stalins „Sieg“. Er braucht sie, um durch Rechtsgeschimpfe seine Rechtspolitik zu maskieren, und sie lassen das Geschimpfe über sich ergehen, weil ihnen wichtiger ist, daß Stalin ihre Politik macht.



**Arbeiterkulturbund
„Spartakus“**

Zentraler Sitz:

**Gasthaus Fanowitsch,
XVI., Koppstraße 47**

Auskünfte und Aufnahmen jeden Mittwoch und Freitag
von 7 bis 10 Uhr abends.

Im August jeden Sonntag Badeausflug. Ort und Zeit der Zusammenkunft zu erfragen jedesmal am Freitag abends, 8—10 Uhr, Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47, Telefon B-30-6-58.

AUS DER OPPOSITION

Zentraler Diskussionsabend. Montag, den 11. und 25. August in Aumann's Gasthaus, XVI., Hasnerstraße 46. Thema: Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes. — Leiter: Gen. Frey.

Desto ernster ist der Kampf Stalins gegen die Linksoption. Er läßt sie massakrieren, um Kapitalisten zu erzwingen. Es wäre kein Wunder, wenn mancher umfiel. Doch trotz aller Not, Leiden, Qualen, Martern und Erschießungen: keiner ist umgefallen! Am Heldensinn der russischen Oppositionsgeossen scheitert Stalins Verbrechen und wird scheitern.

Einer allerdings ist um gefallen: ein Stalinheld. Nachdem Stalin den heldenhaften Revolutionär Blumkin hatte meucheln lassen, schickte er auf den Posten des „Verräters“ Blumkin (Leiter des GPU-Dienstes im Orient) den „verlässlichen Stalinisten“ Agabekow. Dieser trat an und — brannte nach Paris durch in Schutz und Bezahlung des Spionagedienstes der französischen Bourgeoisie. ... Mit wieviel Agabekows ist der russische Apparat und der Apparat der Kommunistischen Parteien durchsetzt?! Von wie viel solcher Lumpen („verlässlicher Stalinisten“) müssen die kommunistischen Parteien, insbesondere die russische, gereinigt werden, um die proletarische Revolution, insbesondere in Sowjetrußland zu retten?! Der Stalinismus züchtet die Agabekows.

Ein Bild der KPOe.

Immer wieder liest man in der „Roten Fahne“ von Erfolgen der Partei. „Zustrom der Arbeiter in die KPOe!“, „Hunderte neuer Beitritte“, „Hunderte neuer Abonnenten der „Roten Fahne“! Man konnte daher begierig sein auf die Delegiertenkonferenz der Wiener Stadtorganisation.

Schon das äußere Bild der Konferenz war wenig erhebend. Kaum 30—40 Arbeiter unter zirka 220 Delegierten und Gästen. Dafür eine Mehrzahl junger Intellektueller und Halbtintellektueller. Das Referat Benedikts über die politische Lage war ein mühseliges Breitreten der Entdeckung des stalinischen ZK, daß wir in Oesterreich bereits im Zustand der faschistischen Diktatur leben.

Den Organisationsbericht brachte Honner. Von den angeblich neuen 1000 Mitgliedern „dürften“ ungefähr 500 auf Wien und 500 auf die Provinz entfallen, meinte Honner. Er bemerkte, daß sich dies nicht genau feststellen lasse. Höchstens zwei Drittel der Mitglieder werden kassiert. Die Mitgliederzahl der Wiener Organisation gab er mit 1871 bekannt, abgerechnet wurden jedoch im Mai 1163 Beiträge. Zieht man in Betracht, daß vor Konferenzen lebhafter einkassiert wird, so geht man nicht fehl, wenn man behauptet, daß die Mitgliedschaft in Wien höchstens 1000 beträgt. ... Niederschmetternd ist der Bericht über die Betriebsgruppen: 21 Betriebszellen mit 119 Mitgliedern! Ueber die Abonnentenzahl und den Absatz der „Roten Fahne“ wurde wohlweislich nichts berichtet. Man muß nicht sehr scharfsinnig sein, um zu erraten, daß es da sehr happert. Ebenso trostlos ist der politische Zustand der Partei. Nach den Thesen haben wir in Oesterreich eine sich immer mehr verschärfende faschistische Diktatur begleitet von einem neuen revolutionären Aufschwung. ... Da legts dich nieder. Die Verfasser dieses in Thesenform gegossenen Blödsinns sind die Schüler-Benedikt, die unbestrittenen „Führer“ der Partei. Arme Partei!

Die Tatsachen sprechen eine immer deutlichere Sprache. Bei zäher Arbeit wird und muß es der Linksoption gelingen, die ehrlichen Arbeiterelemente von der Unhaltbarkeit dieses Zustandes und von der Notwendigkeit der Gesundung der Partei zu überzeugen. Mit den ehrlichen Arbeiterelementen in der Partei sich verbündend muß und wird die Linksoption die Gesundung der Partei erkämpfen. P. E.

Ein Dokument.

Im Auftrage der Oppositionsleitung hat Genosse Frey am 28. April 1930 an Genossen Karl Singer, einen der ältesten Grazer Genossen, ein Schreiben gerichtet, dessen wichtigste Stellen lauten:

1. Am 31. Juli 1929 hat die Oppositionskonferenz folgenden Beschluß über die Einigung der Opposition gefaßt:

1. Die KPOe. (Opposition) hat im April 1928 die Beziehungen zu den steirischen Genossen unterbrochen und hat die Deklaranten ausgeschlossen zu dem Zwecke, damit sie durch eigene Erfahrung lernen, daß eine einheitliche Organisation einheitliche Vertretung nach außen erfordert, daß alle Teile einer Organisation nicht nur Rechte sondern auch Pflichten haben, daß die österreichische Opposition nur ein Blatt vertritt, daß die Taktik der Opposition sich mit ihren wirklichen Kräften im Einklang halten muß.

Die tatsächliche Entwicklung hat unsere Prognose verwirklicht: der „Mahnruf“ wurde nunmehr in Wien gedruckt und erscheint nunmehr der wahren Kraft der steirischen Genossen entsprechend ebenfalls nur einmal im Monat; der Einigung zu einem Blatt steht daher nichts mehr im Wege. In den letzten Monaten haben die steirischen Genossen und auch die Deklaranten tatsächlich eine politische Praxis befolgt, die unserem taktischen Grundsatz „Taktik nach wirklicher Kraft“ entspricht, so daß eine einheitliche Praxis aller oppositionellen Kräfte auf unserer Linie, das ist der Linie bolschewistischer Realpolitik, nunmehr möglich geworden ist.

Die Oppositionskonferenz billigt es daher, daß die Oppositionsleitung die Verwirklichung der oppositionellen Einheit schon im Frühjahr ins Auge gefaßt hat. Die Oppositionskonferenz billigt die von der Oppositionsleitung dem Genossen Trotzky im Brief vom 21. Mai 1929 mitgeteilten Einigungsbedingungen und nimmt billigend zur Kenntnis, daß die Oppositionsleitung schon im Frühjahr beschlossen hat, die Initiative zu einer Einigungskonferenz im Herbst 1929 zu ergreifen.

Mit Rücksicht auf die Erklärung der Deklaranten (Landau, Daniel, Thoma) in ihrem Schreiben vom 6. Juli 1929, daß sie ihre prinzipielle Auffassung über uns, die sie seit einem Jahr schriftlich und mündlich immer wieder geäußert, aufrecht halten — wonach sie also die KPOe. (Opposition), beziehungsweise wie sie es manchmal ausdrücken „Frey“, für antikomunistisch, opportunistisch, rechts, halbbrandeistisch, branderistisch, halbsozialdemokratisch, sozialdemokratisch, sozialfaschistisch, faschistisch halten — erklärt die Oppositionskonferenz als unumgängliche Voraussetzung irgendwelcher Vereinbarungen sei es über die Einigung, sei

es über die Bildung einer Aktiengemeinschaft, sei es über irgendeine gemeinsame Aktion, kurz als Voraussetzung Verhandlungen jeder Art, daß vorher die Deklaranten (bzw. auch die steirischen Genossen, falls sie die Erklärung der Deklaranten vom 6. Juli 1930 nicht formell ablehnen) diese ihre Erklärung in ihrem Brief vom 6. Juli 1930 in aller Form ausdrücklich und zwar schriftlich zurückziehen.

Die Oppositionskonferenz billigt die bisher eingeschlagene Taktik der Einigung, die zum Ziele hat die Differenzen der Vergangenheit ehrlich und restlos zu liquidieren, damit nichts nachgeschleppt wird und eine dauernde, wirklich gedeihliche Einigung zu schaffen und beauftragt die Oppositionsleitung diese Taktik mit der größten Standhaftigkeit fortzusetzen.

II. Am 31. Juli 1929 hat Gen. Frey im Auftrag der Oppositionsleitung folgendes Schreiben an den Genossen Pfnis: nach Graz gerichtet: „Beiliegend senden wir Dir zur Information den Beschluß, welchen die heute tagende Oppositionskonferenz, die zur Tagesordnung die Einigung der Opposition hatte, gefaßt hat. Wir ersuchen Dich die Genossen Wagner und auch alle anderen Grazer Oppositionsgeossen über den obigen Beschluß zu informieren.“

III. Auf dieses Schreiben erhielt Gen. Frey folgendes brüske Schreiben von Gen. Pfnis, der unseren Beschluß mißverstehend, sachlich dazu überhaupt keine Stellung nahm: „Du freust Dich, daß der „Mahnruf“ nicht mehr wöchentlich erscheint, daß er „ebenfalls“ nur einmal im Monat herauskommt. Unsere aufopferungsvolle Arbeit, durch die wir Uebermenschliches bis zum physischen Zusammenbruch leisteten, beurteilst Du als über die wahren Kräfte gehend. Das wil. ein Mann sein, der der proletarischen Revolution dienen soll. Diese Resolution veranlaßt mich, gegen Dich meine Stimme zu erheben.“

IV. Statt von der Einigung der Opposition im allgemeinen und deren Notwendigkeit zu reden, wäre es notwendig gewesen zu unserem Beschluß positiv und konkret Punkt für Punkt Stellung zu nehmen. Oder die Mahnrufgruppe hätte ihrerseits als Antwort einen positiven konkreten Vorschlag schicken müssen, darüber, wie sie die Einigung wünscht. Ohne solche positiv konkrete Stellungnahme ist alles Beteuern von der Einigung bloßes Gerede zur Augenauswischerei.

V. Wir haben schließlich, um die Mahnrufgruppe zu einer positiven, eventuell öffentlichen Stellungnahme zu veranlassen, in Nr. 53 der „Arbeiter-Stimme“ die Frage des Verhältnisses zu den Grazer Genossen angeschnitten. Zu unserem Erstaunen hat der „Mahnruf“ darauf überhaupt nicht reagiert. Aber nicht einmal mit einem konkreten Brief hat die Mahnrufgruppe reagiert. Ein solches Verhalten ist absolut unehrlich! Von der Einheit und Einigung schwätzen und nicht mit der Farbe herausrücken wollen, wie man sich die Einigung positiv, konkret vorstellt, ist kindisch und unehrlich und der Sache schädlich.

VI. Ich habe dies an Dich geschrieben deshalb, weil wir die Einigung wirklich wollen und weil man die wirkliche Einigung nur herbeiführen kann, wenn die positiven Vorschläge beider Seiten vorliegen, so daß man feststellen kann, wo sind die Differenzen, wie sind sie zu überwinden.

Ich ersuche Dich alle Grazer Genossen zu informieren und ihnen bekanntzugeben, daß wir von ihnen wünschen, sie mögen uns positiv und konkret bekanntgeben, wie sie sich die Einigung vorstellen. Ich wiederhole: Nicht allgemeine Redensarten über die Einigung sondern konkrete Vorschläge Punkt für Punkt sind notwendig, über 1. politische Linie und Taktik, 2. politische Liquidierung der Differenzen aus der Vergangenheit soweit sie noch nicht liquidiert sind, 3. Organisation und Finanzen, 4. Presse.

Wenn die Grazer Genossen konkret sprechen, werden sie die Einigungsarbeit erleichtern.

Feststellung.

In der Nummer 53 und 54 hat die „Arbeiterstimme“ die politische Rolle der Deklaranten (Landau, Daniel, Mayer, Thoma) sowie der mit ihnen solidarisierten Pfnis-Wagner im Verlauf des Parteikampfes in nüchtern sachlicher Sprache wahrheitsgemäß dargestellt.

Nach dreimonatigem Ueberlegen hat der Mahnruf (Nr. 26) die Sprache gefunden. Seine Antwort ist ein Sammelurteil von Lügen, Unverschämtheiten und Unsinn. Bis der „Mahnruf“ seine Behauptungen mit Dokumenten erhärtet, werden wir uns mit ihm auseinandersetzen.

Genau so halten wir es mit den Lügen des „Mahnruf“ über die eigene Rolle der Deklaranten samt Pfnis-Wagner und ebenso mit den Lügen, die Landau (La Lutte de Classes Nr. 21—22) über unsere, seine und der „Mahnruf“-Gruppe Rolle verzapft.

Nachtrag.

Die „Rote Fahne“ (10. Juli) wiederholt ihre Lügen. Darauf gehe ich nicht mehr ein. Nur eine neue Erfindung der „RF“ muß ich klarstellen.

Niemals hat es Vereinbarungen welcher Art immer zwischen Soldatenrat und sozialdemokratischer Parteileitung oder der Regierung gegeben.

Drei Vereinbarungen wurden geschlossen zwischen mir als Vorsitzenden des Wiener Soldatenrats und dem Staatssekretär für Heerwesen J. Deutsch: 1. über das Wehrgesetz, 2. über das Disziplinargesetz, 3. über die Gebührenregelung. In allen drei Fällen hat übrigens J. Deutsch die getroffenen Vereinbarungen in den entscheidenden Punkten gebrochen.

Dem Vollzugsausschusses des Arbeiterrates haben Mitglieder der sozialdemokratischen Parteileitung und der Regierung angehört und darin deren Linie vertreten. Vereinbarungen aber zwischen Arbeiterratsvollzugsausschuß und sozialdemokratischer Parteileitung oder Regierung hat es nicht gegeben. Nicht einmal Vereinbarungen zwischen sozialdemokratischer Parteileitung oder der Regierung und den sozialdemokratischen Mitgliedern des Arbeiterratsvollzugsausschusses.

Dem Vollzugsausschuß des Wiener Soldatenrates haben Mitglieder der sozialdemokratischen Parteileitung oder der Regierung nicht angehört. Ihre Linie wurde darin vertreten durch die von J. Deutsch geheim organisierte und geheim geleitete Deutschfraktion (L. Deutsch, Stransky, Hoffmann, Wagner, Marek usw.). Was dieser Fraktion praktisch das Uebergewicht gab, war nicht so sehr ihre Ueberzahl — sie hatte 11 Mitglieder, denen nur 1 Kommunist und drei revolutionäre Sozialdemokraten gegenüberstanden, von denen einer umfiel, der andere auswanderte — ja war nicht einmal der so wichtige Umstand, daß sie sich vollkommen auf den Reichssoldatenrat (Schuhbauer), dem der Wiener Soldatenrat formell untergeordnet war, stützen konnte und so bei jeder Gelegenheit die Soldatenräte der Provinz gegen die Soldatenräte Wiens ausspielen konnte und in der Tat ausgespielt hat, sondern vor allem und ausschlaggebend, daß sie mittels J. Deutschs und des sozialdemokratischen Apparats überhaupt in der Lage war reale Vorteile (Beförderungen, Posten und dergleichen) zu bieten, während wir Revolutionäre nichts hatten als die revolutionäre Idee. Leider haben sich damals bei den allermeisten die realen Vorteile als viel, viel wirksamer erwiesen als die revolutionäre Idee.

Josef Frey.

Eigentümer Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrennerstraße 236. — Verantwortlicher Redakteur: Franz Kralik, Wien, V., Castelligasse 3. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei „Donau“ (Stadler & Co.), Verantwortlicher Leiter Friedrich Stadler, Wien, III., Custozzagasse 8.